

## **Sozialdemokratische Industriepolitik: Wachstum für gute Arbeit fördern**

### **Positionspapier der SPD-Bundestagsfraktion vom 25.11.2019**

Die Industrie bildet den starken Kern der deutschen Wirtschaft. Sie ist breit aufgestellt, umfasst sowohl Großbetriebe als auch kleine und mittlere Unternehmen, sie ist international wettbewerbsfähig, entwickelt innovative Produkte und sichert gute Arbeitsplätze. Sie ist der Fabrikaurüster der Welt, Produkte „Made in Germany“ sind weltweit gefragt.

Zur Jahrtausendwende war die Industrie unter Druck, weil die Finanzwirtschaft mit neuen Produkten wirtschaftliches Wachstum versprach und in der Folge an der Notwendigkeit eines großen industriellen Sektors gezweifelt wurde. Dieser Phase der Deindustrialisierung, die auch in vielen europäischen Ländern hingenommen und sogar teilweise politisch propagiert wurde, hat sich in Deutschland insbesondere die SPD erfolgreich entgegengestellt. Denn Wirtschaft und Politik haben verstanden: Ohne Industrie gibt es keine starke Wirtschaft.

Vor 10 Jahren waren Teile der Industrie dann ganz konkret gefährdet, als die Wirtschafts- und Finanzkrise eine globale Rezession auslöste und viele Unternehmen und Arbeitsplätze nur durch wirtschaftspolitische Initiativen wie das Kurzarbeitergeld gerettet werden konnten. In beiden Fällen waren es sozialdemokratische Akteure und Rezepte, die es ermöglichten, dass geschlossene Wertschöpfungsketten als Grundpfeiler für den Wohlstand in Deutschland erhalten werden konnten.

Auch diese Erfahrungen führen dazu, dass sich die Sozialdemokratie in Deutschland für einen starken, aktiven Staat im Rahmen der Sozialen Marktwirtschaft einsetzt. Wir erkennen die Leistung der Unternehmen und ihrer Beschäftigten sowie der Betriebsräte und Gewerkschaften an. Wir fordern, dass der Staat im Rahmen der marktwirtschaftlichen Regeln aktiv und gestaltend auftritt und nicht passiv verharrt, wenn seine Unterstützung benötigt wird.

Für uns ist klar: Eine moderne Wirtschafts- und Industriepolitik kann nur Erfolg haben, wenn Transformations- und Innovationsprozesse aktiv von den Sozialpartnern begleitet werden. Tarifbindung, Mitbestimmung und gute Arbeit sind Wettbewerbsvorteile. Ziel unserer Wirtschafts- und Industriepolitik ist inklusives Wachstum, also die Verbindung von Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik, um Teilhabe aller Gruppen am Wohlstand zu ermöglichen. Technischer Fortschritt, Innovation und wirtschaftliches Wachstum müssen immer den Menschen zugutekommen und zu gesellschaftlichem Fortschritt führen.

Die Herausforderungen durch den Klimawandel, durch Globalisierung und Digitalisierung, durch den chinesischen Staatskapitalismus auf der einen und den Marktradikalismus der USA auf der anderen Seite sind offensichtlich. Transformationsprozesse, wie die Energiewende oder die Umstellung auf Elektromobilität, stellen die nationale und europäische Industrie vor große Herausforderungen. Aus unserer Sicht gibt es zwei zentrale Aufgaben, damit diese Herausforderungen bewältigt werden können:

***Erstens: Bestmögliche Rahmenbedingungen schaffen:***

Dies beginnt bei einer gut ausgebildeten Fachkräftebasis und einer modernen Infrastruktur, darunter auch Verkehrsinfrastruktur, einer verlässlichen Investitionspolitik in allen Bereichen und betrifft im Weiteren eine ausgewogene Balance zwischen Planungsgeschwindigkeit und Rechtssicherheit sowie eine angemessene Steuer- und Abgabenquote und gilt letztlich für eine hoch entwickelte Forschungs- und Förderstruktur sowie eine aktive Handelspolitik.

***Zweitens: Erforschung, Entwicklung und die Markteinführung neuer Technologien vorantreiben:*** Dies ist insbesondere dort notwendig, wo die kommerzielle Nutzung neuer Technologien noch nicht wettbewerbsfähig ist. Der Staat ist dabei nicht der bessere Unternehmer. Jedoch kann er – gemeinsam mit den Unternehmen und der Wissenschaft – technologische Entwicklungen frühzeitig antizipieren und gezielt sowohl in die Grundlagenforschung als auch in die Anwendungsforschung investieren. Außerdem geht es darum, Forschungsergebnisse schnell in die Wirtschaft zu überführen. Insbesondere in den disruptiven Technologiebereichen muss der Staat auch bei der Markteinführung unterstützen. Beispielsweise ist Deutschland im Bereich der Künstlichen Intelligenz (KI) gut aufgestellt; der Transfer in die Wirtschaft gelingt jedoch nur relativ schleppend.

Wir sind überzeugt: Nur mit bestmöglichen Rahmenbedingungen und Investitionen in die Erforschung und Entwicklung zukunftssträchtiger Technologien kann Deutschland seine starke Industrie auch in Zukunft erhalten. Diese beiden Punkte sollen im Folgenden näher ausgeführt werden.

## **1. Rahmenbedingungen verbessern**

Was kann und muss der Staat tun, damit Unternehmen optimal wirtschaften und für Beschäftigung und Innovationen sorgen können? Diese Fragen müssen immer wieder neu gestellt und neu beantwortet werden.

Für uns ergeben sich folgende bekannte und neue Handlungsfelder:

**a) Digitale Infrastruktur auf den neuesten Stand bringen, Herausforderungen durch die Digitalisierung angehen**

Voraussetzung für die Wettbewerbsfähigkeit unserer Industrie ist immer mehr eine vertrauenswürdige und leistungsfähige **digitale Infrastruktur**. Deutschland hat den **Breitbandausbau** zu lange vernachlässigt – und zu lange dem Markt (fast) allein überlassen.

Ein Schwerpunkt unserer Arbeit muss im Erhalt der digitalen Souveränität unserer Industrie liegen. Voraussetzung dafür ist eine kurzfristige Bestandsaufnahme zu den Stärken und Schwächen der deutschen und europäischen Industrie in den Bereichen Hard- und Software sowie Netzwerktechnik und zu den bestehenden Abhängigkeiten. Ziel muss es sein, die Stärken in Europa zu erhalten und auszubauen, um die Abhängigkeiten von US-amerikanischen und asiatischen Herstellern zu verringern.

Konkret fordern wir,

- die im Koalitionsvertrag vereinbarten und durch die 5G-Frequenzversteigerung perspektivisch erlangten Mittel für den **glasfaserbasierten Breitbandausbau rasch bereit zu stellen** und die weißen und grauen Flecken zeitnah zu schließen. Hierzu gehört, dass der Staat den Auf- und Ausbau von Gigabitinfrastrukturen in unterversorgten Gebieten unterstützt und die Telekommunikationsunternehmen zum Anschluss verpflichtet;
- einen rechtlich abgesicherten **Anspruch** aller Bürgerinnen und Bürger auf **schnelles Internet** einzuführen;
- eine zukunftsfähige und flächendeckende **Glasfaserstrategie** für die bereits vereinbarten Ausbauziele bis 2025 und 2030 zu entwickeln und umzusetzen;
- das Schließen von Lücken in der **Mobilfunkabdeckung der vierten Mobilfunkgeneration (4G)** zu beschleunigen. Auch hier spielt der Ausbau der Infrastruktur durch den Staat als Ergänzung zum privatwirtschaftlichen Ausbau eine wichtige Rolle;
- **die fünfte Mobilfunkgeneration (5G)** nach dem erfolgreichen Abschluss der Frequenzversteigerung zügig einzuführen. Die Versorgungsaufgaben müssen fristgerecht umgesetzt werden, um leistungsfähigen und flächendeckenden Mobilfunk sowie mobiles Internet zur Verfügung zu stellen;
- dass Mobilfunk und mobiles Internet überall verfügbar ist; wo der Markt aus wirtschaftlichen Gründen versagt, muss der Staat handeln und den Ausbau unterstützen;
- einen **Masterplan „Intelligente Netze“** zu entwickeln und dabei die Industrie eng einzubeziehen. Hierbei sind die Synergieeffekte durch eine Verschmelzung bzw. enge Verschränkung von Festnetz und Mobilfunk über die Glasfaserinfrastruktur zu heben;

- die **IT-Sicherheitsforschung** im Bereich der digitalen Infrastruktur, einschließlich der neuen 5G-Netze, zu intensivieren, da dies die zentrale Voraussetzung für die Innovations- und Wettbewerbsfähigkeit ist;
- schnell weitere **5G-Modellregionen** mit einer breiten wirtschaftlichen Wirkung zu benennen und eine entsprechende Förderung bereitzustellen. Wünschenswert ist eine soziale Begleitforschung, die gesellschaftliche Veränderungen und Brüche infolge neuer Technologien auf 5G-Basis untersucht;
- eine schnelle Zuteilung und Vergabe der regionalen Frequenzen im 3,7 bis 3,8 GHz-Band für autonome Campusnetze.

## b) Für Fachkräftesicherung sorgen

Eine der größten Herausforderungen für kleine und mittelgroße Industrieunternehmen ist die **Fachkräftesicherung**. Regional auftretende Fachkräfteengpässe und der für einige Berufe bestehende Fachkräftemangel verzögern die Besetzung offener Stellen, verhindern unternehmerisches Wachstum und hemmen das Wirtschaftswachstum insgesamt.

Daher fordern wir,

- das **Fachkräfteeinwanderungsgesetz** zügig umzusetzen und frühzeitig im Hinblick darauf zu evaluieren, ob der Zuzug einer erheblichen Anzahl von Fachkräften ermöglicht wird;
- in ausgewählten **Modellländern** die gezielte **Anwerbung von Fachkräften** zu intensivieren. Die Auswahl dieser Länder muss auf der Grundlage der inländischen Bedarfe – sowie der jeweiligen Drittstaaten - vorgenommen werden. Dabei müssen sowohl die Kooperationsbereitschaft, das soziodemographische Potenzial möglicher Drittstaaten, deren politische Stabilität und ausreichende Verwaltungsstrukturen wie auch die Anerkennungsfähigkeit der dort erworbenen beruflichen Qualifikationen berücksichtigt werden;
- die **Vereinbarkeit von Familie und Beruf** weiter zu verbessern, beispielsweise in geeigneten Bereichen durch einen **Rechtsanspruch auf Homeoffice**;
- Weiterbildungen zu fördern durch einen **Rechtsanspruch auf Weiterbildung** und durch einen grundsätzlichen Rechtsanspruch auf **Nachholen einer Berufsausbildung**;
- Die Reform des Berufsbildungsgesetzes (BBiG), v.a. mit der Einführung einer Mindestvergütung für Auszubildende, schnell umzusetzen. Diese trägt dazu bei, die Attraktivität dualer Ausbildungen zu steigern;
- Auch das Aufstiegs-BAföG zu ermöglichen, welches ein zentrales Instrument ist, um Fortbildungen zum Erzieher, Meister, Techniker oder Fachwirt zu ermöglichen. Über die Reform mit weiteren Leistungsverbesserungen für den Unterhalt und Maßnahmekosten muss zügig entschieden werden;

- das **Qualifizierungschancengesetz** umzusetzen, das Arbeitnehmer in Branchen, die vom Strukturwandel betroffen sind, besonders unterstützt.

### c) In Bildung investieren

Nur wenn wir in Bildung investieren, können wir ein wirtschaftlich starkes Land bleiben. Unsere Köpfe sind unser wichtigstes Kapital. Die Stärkung der gesamten Bildungskette – von der frühkindlichen über die schulische Bildung bis hin zur Berufsausbildung oder zum Studium und zu Weiterbildungsmöglichkeiten – muss im Fokus stehen. Eine optimale personelle Ausstattung und technologische Ausrüstung unserer Lernorte ist dabei essenziell – auch für die Zukunft unserer Industrie. Die Digitalisierung muss dabei die gesamte Bildungskette durchziehen.

Wir fordern,

- den **DigitalPakt Schule** zügig in den Ländern umzusetzen;
- berufsbildende Schulen zu ‚Digitalen Lernwerkstätten 4.0‘ weiterzuentwickeln;
- eine Weiterbildungskultur zu etablieren, die jedem einzelnen vielfältige Einstiegs-, Umstiegs- und Aufstiegschancen ermöglicht
- die **MINT-Bildung** in allen Gliedern der Bildungskette zu stärken.

### d) Forschung und Entwicklung fördern

Deutschland hat eine exzellente **Forschungsinfrastruktur**. Ein dichtes Netz an Universitäten und außeruniversitären Forschungseinrichtungen ist das Fundament des Innovationsstandorts Deutschland. Sowohl in der Grundlagenforschung als auch in der Anwendungsforschung hat die deutsche Forschungsgesellschaft in Kooperation mit Unternehmen oder als Auftragnehmer für Unternehmen ihre Leistungsfähigkeit bewiesen. Mit der Fortführung und einem jährlichen Aufwuchs von 3 % des Paktes für Forschung und Innovationen (PFI) sorgen wir für Wettbewerbsfähigkeit und Planungssicherheit im exzellenten deutschen Forschungssystem.

Damit unsere Universitäten und unsere Forschungseinrichtungen auch weiterhin Innovationstreiber für die Industrie sein können, müssen wir ihre guten finanziellen Rahmenbedingungen erhalten und punktuell verbessern. Darüber hinaus müssen wir die große Zahl der forschungs- und entwicklungsaktiven Unternehmen stärker unterstützen – dies gilt vor allem für mittelständische Unternehmen.

Daher fordern wir,

- im Bereich der gesamtgesellschaftlichen **Forschungsaufwendungen die Zielmarke von 3,5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts** rasch zu erreichen;
- die **steuerliche Forschungsförderung** schnell umzusetzen;
- eine bessere Vernetzung der universitären und außeruniversitären **Forschungsinstitute** für Schlüsseltechnologien zu leisten, etwa für Künstliche Intelligenz (KI). Hierbei sollen bestehende Strukturen miteinander verknüpft und

ein steter Transfer von theoretischem Wissen in die praktische Anwendung sichergestellt werden. Best-Practice-Beispiele für die Implementierung von KI in Form von Kompetenzzentren müssen eingerichtet werden.

#### e) Finanzierung von Start-ups verbessern

Die Gründung von jungen, innovativen Unternehmen ist ein wesentlicher Faktor für die Erneuerung unserer Wirtschaft und damit für unseren Wohlstand von morgen. Daher müssen die **Rahmenbedingungen für die Gründung und Entwicklung von Start-ups** verbessert werden.

Wir brauchen vor allem mehr **Wachstumskapital** für erfolgreiche und schnell wachsende Unternehmen, damit die Technologie von morgen nicht mangels Finanzierungsmöglichkeiten hierzulande vermehrt in außereuropäische Länder abfließt. Wir wollen dafür sorgen, dass Start-ups ihren Kapitalbedarf leichter decken können.

Daher fordern wir,

- in Anlehnung an das sogenannte **dänische Fondsmodell** einen **Zukunftsfonds Deutschland** einzurichten, um inländische Finanzierungsmöglichkeiten zu verbessern und institutionelle Anleger, aber auch Großunternehmen, stärker an der Wachstumsphase von Start-ups zu beteiligen. Breit gestreut investiert der Zukunftsfonds in andere Fonds und kann das finanzielle Ausfallrisiko dadurch begrenzen. Dabei muss der Staat für einen bestimmten Anteil der Beteiligung das Erstausfallrisiko absichern;
- einfachere, steuerlich **attraktive Möglichkeiten der Mitarbeiterbeteiligung** an Unternehmen zu schaffen;
- ein „**Chancenkonto**“ einzurichten, womit wir u.a. die Weiterqualifizierungen im digitalen Wandel gestalten können;
- **Start-up-freundlichere Ausschreibungskriterien** bei Projekten aufzustellen, die durch die öffentliche Verwaltung und staatliche Organisationen vergeben werden.

#### f) Industrie- und klimafreundliche Umsetzung der Energiewende

Das Pariser Klimaschutzabkommen bildet die Grundlage unseres energie- und klimapolitischen Vorgehens. Das energiepolitische Zieldreieck aus Versorgungssicherheit, Bezahlbarkeit und Umweltverträglichkeit bleibt unerlässlich für unsere Industriepolitik. Bei diesem Zieldreieck sind die Dimensionen der sozialen Gerechtigkeit und der Akzeptanz für uns wichtig. Wir wollen Nutzen und Lasten der Energiewende gerechter verteilen und mehr Unternehmen und Bürger zu Akteuren machen.

Der beschleunigte Ausbau der Erneuerbaren Energien ist nicht nur für den Klimaschutz von wesentlicher Bedeutung, er schafft zudem industrielle

Wertschöpfung. Die Energiewende wird in erster Linie dezentral sein. Damit ist nicht nur eine grundlegende Veränderung der Energiewirtschaft verbunden. Auch die Wirtschaft insgesamt und private Haushalte sind von dieser Veränderung betroffen. Die Digitalisierung wird neue Geschäftsmodelle und Prozesse hervorbringen. Industriebetriebe werden künftig neben Energieverbrauchern auch zu Energieversorgern, z.B. durch die Nutzung der industriellen Abwärme zur Wärmeversorgung in Siedlungsgebieten. Eine CO<sub>2</sub>-Bepreisung kann dazu beitragen, dass hieraus entsprechende Geschäftsmodelle entstehen.

Darüber hinaus fordern wir,

- die **Verankerung des Ziels von 65% Erneuerbarer Energien** am Bruttostromverbrauch in 2030 und der entsprechenden Ausbaupfade sowie weiterer flankierender Maßnahmen zügig gesetzlich umzusetzen;
- zur Erhaltung eines einheitlichen Industriestandorts Deutschland, einen verbindlichen Maßnahmenplan für einen **effizienteren Betrieb von Stromnetzen** vorzulegen;
- um die internationale **Wettbewerbsfähigkeit unserer Industrie** zu erhalten und damit Wertschöpfung und Arbeitsplätze in Deutschland zu sichern, zusätzliche **Kosten der Energiewende** künftig als **gesamtgesellschaftliche Aufgabe** zu finanzieren. Damit wird bei den abgabe- und umlagebezogenen Anteilen der Stromkosten für die Industrie erstmals ein **Kostendeckel** eingezogen;
- die **Ergebnisse der Kommission „Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“** zügig und in einem verbindlichen Rechtsrahmen umzusetzen und für einen neuen Aufbruch in den betroffenen Regionen zu nutzen, indem wir die ehemaligen Kohlereviere zu Musterregionen des Strukturwandels machen;
- Kraftwerke, die aus Gründen der **Versorgungssicherheit** nicht stillgelegt werden können, mit dem Ziel eines **effizienten, zeitlich begrenzten Weiterbetriebs** nachzurüsten, d.h. zu flexibilisieren.

#### **g) Außenwirtschaft fair gestalten – Exportwirtschaft fördern**

Im Export wird ein Großteil der Wertschöpfung unserer Industrieunternehmen erwirtschaftet; daran hängen große Teile der hiesigen Arbeitsplätze. Weltweit steigt insbesondere die Nachfrage nach grünen und nachhaltigen Produkten und Dienstleistungen. Wir wollen daher unsere Unternehmen mit einer fairen europäischen Handelspolitik unterstützen. Gleichzeitig kann eine gezielte, wertebasierte Außenwirtschaftspolitik einen wichtigen Beitrag zur deutschen Außenpolitik und zur Stärkung von nachhaltigen globalen Entwicklungsmöglichkeiten leisten. Deshalb müssen in allen EU-Handelsabkommen verbindliche menschenrechtliche, ökologische und soziale Standards (u.a. ILO-Kernarbeitsnormen) mit konkreten Beschwerde-, Überprüfungs- und Sanktionsmöglichkeiten vereinbart werden.

Daher fordern wir,

- die **Regeln der Welthandelsorganisation** zu reformieren, insbesondere in Bezug auf Anti-Dumping- und Anti-Subventionsinstrumente, denn wettbewerbsverzerrende Beihilfen verhindern Chancengleichheit im Welthandel. **Reziprozität** muss bei der Beteiligung europäischer Unternehmen an Ausschreibungen von Drittstaaten besser durchgesetzt werden;
- ein **Industrieabkommen EU – USA**, das den Bereich der Agrargüter ausklammert, rasch zu verhandeln und zu ausgewogenen Ergebnissen zu führen. Wir lehnen die bisherigen Strafzölle der USA auf Stahl- und Aluminiemeinfuhren und die angedrohten Zölle auf Automobileinfuhren ab, zumal sie unter dem fragwürdigen Deckmantel der „nationalen Sicherheit“ auch rechtlich nicht haltbar sind. Zwischen starken Industriestaaten müssen die Zölle vollständig abgebaut werden, statt neue aufzubauen. Dabei muss **verbindlich und sanktionierbar die Einhaltung ökologischer und sozialer Standards** (u.a. ILO-Kernarbeitsnormen) vereinbart werden;
- es zu ermöglichen, den **Ausverkauf wichtiger Technologien zu verhindern**. Dazu muss eine zeitlich befristete **Beteiligung des Staates an Unternehmen wichtiger Schlüsselindustrien** über einen **Staatsfonds** ermöglicht werden;
- den Mittelstand bei der **finanziellen Absicherung von Auslandsgeschäften** durch sogenannte Hermes-Deckungen mit seinen kleinteiligen Beträgen („small tickets“) stärker zu berücksichtigen.

#### **h) Rohstoffversorgung nachhaltig und sicher gestalten**

Unabdingbar für den Erhalt geschlossener industrieller Wertschöpfungsketten in Deutschland ist der Zugang zu solchen Rohstoffen, die in Deutschland nicht oder nicht in ausreichender Menge vorkommen. Rohstoffe stehen oft am Beginn von Wertschöpfungsketten. Daher ist eine ausreichende Rohstoffversorgung von großem volkswirtschaftlichen Interesse. Hierfür ist die ökologische Fortentwicklung der Kreislaufwirtschaft konsequent voranzutreiben, um so Ressourcenmanagement und Ressourceneffizienz zu verbessern. Gleichzeitig müssen die weltweiten Arbeitsbedingungen dadurch verbessert werden, dass eine nachhaltige Rohstoffgewinnung gefördert wird.

Wir fordern daher,

- die **Sorgfaltspflichten** der Importeure von Rohstoffen aus Konflikt- und Hochrisikogebieten sanktionierbar umzusetzen
- dass menschenrechtliche, **ökologische und soziale Standards** (u.a. ILO-Kernarbeitsnormen) sowie Transparenz über die geleisteten Steuern und Abgaben bei der Förderung aller Rohstoffe weltweit eingehalten werden müssen
- **bilaterale Rohstoffabkommen** der EU mit wichtigen Herkunftsländern der Rohstoffe abzuschließen, die die Industrie benötigt;

- dass die Bundesregierung mehr **gegen Marktverzerrungen und ungleiche Wettbewerbsbedingungen** bei der nachhaltigen Beschaffung von Rohstoffen unternimmt,
- die Recyclingfähigkeit von Produkten zu verbessern, den Einsatz von Recyclaten zu fördern und die Einführung eines Recyclinglabels zu prüfen.

#### i) Steuer- und Abgabenquote kritisch im Blick behalten

Wir erachten die **Steuern und Abgaben** der Kapitalgesellschaften grundsätzlich als angemessen. Deutschlands und Europas industrielle Wettbewerbsfähigkeit können nicht durch eine Reduzierung der Lohnkosten oder Steuerabbau erreicht werden. Eine Abschaffung des Solidaritätszuschlags für die reichsten 10 Prozent der Bevölkerung lehnen wir ab.

Gleichzeitig müssen wir die Steuer- und Abgabenquote im Blick behalten. Insbesondere bei den Sozialabgaben müssen die demografischen Herausforderungen als gesamtgesellschaftliche Aufgabe wahrgenommen und entsprechend finanziert werden.

Hier fordern wir,

- eine gesamtgesellschaftliche Debatte darüber zu führen, wie die Sozialversicherungssysteme in einer alternden Gesellschaft nachhaltig, sozial gerecht und wettbewerbsfreundlich finanziert werden können, insbesondere wie eine digitale Dividende dazu beitragen kann;
- die steuerliche Absetzbarkeit der Beiträge an Gewerkschaften zu verbessern, um die für uns wichtige Tarifbindung zu stärken.

#### j) Debatte über das Wettbewerbsrecht führen

Zu den Rahmenbedingungen gehört auch eine Debatte zwischen Politik und Wirtschaft über das deutsche und europäische **Wettbewerbs- und Vergaberecht**.

Wir fordern,

- die Prüfungsmaßstäbe bei Unternehmenszusammenschlüssen auf **internationale Märkte auszurichten**, wo eine bestimmte Größe und Technologieführerschaft wichtig sein kann (Beispiel Siemens/Alstom);
- **Daten** und **Netzwerkeffekte** im Bereich der digitalen Plattformen hinreichend zu berücksichtigen. Auch kleinen Start-ups muss die nötige Grundlage für Innovation verschafft werden. Dazu wollen wir den Austausch von Daten fördern und prüfen, wo der **Zugang zu Daten** verpflichtend gestaltet und wie eine schärfere, proaktive Regulierung von großen Internetplattformen eingeführt werden kann. So wird auch der Wettbewerb um die Innovationen der Zukunft ausgebaut;

- eine unabhängige **internationale Kartellaufsicht** einzurichten, um auf globaler Ebene dem Verhalten marktmächtiger Unternehmen besser gerecht werden zu können
- und außerdem ein **Bundestariftreuegesetz** einzuführen, um tarifgebundene Unternehmen bei öffentlichen Aufträgen besser zu stellen.

## 2. Innovationen fördern – Schlüsseltechnologien unterstützen

Der Staat muss zielgerichtet, vorausschauend und im Dialog mit der Wirtschaft Zukunftsbranchen identifizieren und deren Anstrengungen bei der Erforschung und Entwicklung neuer Technologien unterstützen.

Das Innovationspotenzial muss insbesondere in folgenden Branchen gefördert werden:

### a) Mobilität

Aus ökologischen Gründen sind sukzessive Veränderungen der Automobilindustrie und des Verkehrs notwendig. Der hieraus – und aus der Digitalisierung – folgende (Struktur-)Wandel dieser deutschen Schlüsselindustrie muss verantwortungsvoll und technologieoffen gestaltet werden. Wir wollen Deutschland und Europa als Automobilstandorte stärken, damit hier auch in Zukunft die besten Autos entwickelt und gebaut sowie Arbeitsplätze gesichert werden. Die Fertigungstiefe muss in Deutschland und Europa auch künftig erhalten bleiben. Dies setzt Forschung im Bereich Batterien und Brennstoffzellen ebenso voraus wie die Zellfertigung einschließlich des entsprechenden Recyclings. Für uns ist eine **Batteriezellenfertigung und -forschung in Deutschland** wichtig, um technologisch in diesem Bereich nicht vollständig von ausländischen Anbietern abhängig zu werden.

Rahmenbedingungen, wie der konsequente und massive Ausbau erneuerbarer Energien und der Ladeinfrastruktur, sind notwendig, da sonst der Wandel nicht gelingen kann. Damit elektrische Fahrzeuge nicht nur in Deutschland gebaut, sondern auch verkauft werden, sind Kaufanreize für die Kunden notwendig. Dabei darf aber im Rahmen einer Gesamtstrategie die Technologieoffenheit gegenüber anderen Antrieben nicht aufgegeben werden.

Die Qualifizierung und Weiterbildung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ist eine wesentliche Aufgabe, um Beschäftigung zu sichern. Dies gilt nicht nur für die Automobilindustrie, sondern auch für die Zuliefererbranchen und die gesamte Wertschöpfungskette.

Wir begrüßen die Verlängerung der steuerlichen Begünstigung von Elektro- und Hybridfahrzeugen bei den Dienstwagenflotten. Gleichzeitig ist eine Wasserstoff-

Strategie zu entwickeln. Die Entwicklung und Ansiedlung einer **Brennstoffzellen- und Elektrolysefertigung** sowie einer **sektorübergreifende Wasserstoffwirtschaft** sind für uns ebenso wichtig wie die Herstellung von klimaneutralen, strombasierten Kraftstoffen (**E-Fuels**).

Auch **synthetische Kraftstoffe** können grundsätzlich eine strategisch wichtige Alternative zu konventionellen Kraftstoffen darstellen, insbesondere mit Blick auf die Stickstoffbelastung in den Städten.

Daher fordern wir,

- eine **Gesamtstrategie** für die „Zukunft einer leistungsfähigen und ökologischen deutschen Automobilindustrie als Schlüsselindustrie, Innovationsmotor und Arbeitsplatzgarant“ zu entwickeln und diese in eine europäische Strategie einzubetten;
- den **Umstieg der Fahrzeugparks** von Behörden, Taxiunternehmen, Handwerksbetrieben und dem öffentlichen Nahverkehr auf emissionsarme bzw. -freie Antriebstechnologien dadurch voranzutreiben, dass die entsprechenden Förderprogramme aufgewertet werden;
- die Wasserstoffinfrastruktur und die **Ladeinfrastruktur für Elektrofahrzeuge**, einschließlich einer ausreichenden Anzahl an **Schnellladesäulen**, schnell und signifikant auszubauen;
- die Hersteller von synthetischen Kraftstoffen zu unterstützen, damit sie diese klimaneutral produzieren. Anreiz hierzu könnte **die Anrechenbarkeit auf europäische Flottengrenzwerte** sein. Die Anrechenbarkeit dient auch dazu, weitere Investitionen in die Wasserstofftechnologie anzureizen, um die Sektorenkopplung voranzubringen.

## **b) Künstliche Intelligenz (KI)**

KI wird als „zweite Welle“ der Digitalisierung den Transformationsprozess in der Industrie nochmals deutlich beschleunigen. Deutschland ist bei der KI-Grundlagenforschung international derzeit noch führend. Diese Position gilt es weiter auszubauen. Deshalb muss auch die anwendungsorientierte Forschung stärker unterstützt werden. Da KI keine isoliert zu betrachtende Technologie darstellt, müssen wir die Forschung zu komplementären Technologiefeldern wie KI-Mikroelektronik, Sensoren, Quantencomputing, Bio-Technologien oder Blockchain voranbringen. So können wir ein führender Standort für unterschiedliche KI-basierte Anwendungen und Applikationen z.B. in den Branchen Mobilität, Maschinen- und Anlagenbau, Chemie, Gesundheit und Landwirtschaft werden.

Wir fordern,

- Anreize und Rahmenbedingungen zu schaffen, die auch an den Universitäten stärker zu **anwendungsorientierter Forschung** führen;

- den **interdisziplinären Austausch** innerhalb der Forschungsinstitute voranzubringen und zielgerichtete Forschungsprojekte zu fördern, welche neue Technologien zur Lösung von gesellschaftlich relevanten Problemen einsetzen;
- die Forschung zu **Sicherheit und Schutz** von **digitalen Infrastrukturen** deutlich auszubauen.

### c) Plattformen und Datenökonomie: Big Data und Industrie 4.0

In vielen Industriesegmente wird es weniger darum gehen, weiterhin Maschinen und Produkte zu verkaufen, als vielmehr darum, Maschinen als Dienstleistung mit digitalen Zusatzangeboten zur Verfügung zu stellen. Hersteller müssen einen optimalen Betrieb im Wertschöpfungsnetzwerk gewährleisten. Um diese hoch vernetzten Produktionsprozesse weiterzuentwickeln, ist Forschung zu und Entwicklung von Datenplattformen notwendig. Dabei muss es in Kooperation mit der Wirtschaft und den Normungsinstituten darum gehen, technische Standards wie Datenaustauschformate, Schnittstellen, Normen und Sicherheitsanforderungen zu entwickeln. Deutschland und Europa müssen verstärkt auf offene Standards und Schnittstellen, auf quelloffene Software und auf Open Data setzen.

Um den heutigen Monopolisierungstendenzen von Plattformen direkt entgegenzuwirken, bedarf es, neben kartellrechtlicher – auch proaktiver - Antworten, umfassender Forschung zur Umsetzung von partizipativen und alternativen Plattformmodellen. Die Entwicklung von fairen Organisations- und Governance-Modellen ist Voraussetzung dafür, dass auch der breite Mittelstand – vom Handwerksbetrieb bis zum Nischen-Weltmarktführer – von den Vorteilen des Datenteilens und der digitalen Zusammenarbeit auf Plattformen profitieren wird.

Deshalb fordern wir,

- **fair gestaltete Plattformen**, an welchen alle Teilnehmer gemäß ihren (Daten-)Beiträgen partizipieren, stärker zu fördern;
- die staatliche Zusammenarbeit mit den wirtschaftlichen **Gremien und Normungsorganisationen** in den Bereichen KI und Datenformate zu verstärken.

### d) Gesundheitswirtschaft – digital, vernetzt, intelligent

Ein Bereich, in dem das Potenzial von Digitalisierung und KI besonders hoch ist, ist die industrielle Gesundheitswirtschaft.

Algorithmen, Bilderkennungstechnologie, natürliche Sprachverarbeitung und andere KI-Technologien werden bereits heute angewandt. In Zukunft wird der Einsatz von digitalen Anwendungen die Effizienz und Qualität der Gesundheitsversorgung weiter verbessern, sei es in der Prävention, bei der Entwicklung neuer Medikamente, bei der Diagnose und Behandlung von Krankheiten oder in der Pflege. Ebenso kann das

Niveau der flächendeckenden Versorgung gesichert, Kostensteigerungen moderat gehalten und die Leistungsfähigkeit des Gesundheitssystems gesteigert werden.

Die industrielle Gesundheitswirtschaft als konjunkturreistente Leitbranche erhöht die Wertschöpfung und ist ein Wachstums- und Beschäftigungsmotor der deutschen Volkswirtschaft. Sie ist zudem Referenzmarkt im internationalen Gesundheitswesen. Die Wettbewerbsfähigkeit resultiert aus Innovationen sowie hoher Arbeitsproduktivität und großer Exportstärke. Eine wichtige Rolle kommt der Industrie zu, die dafür verlässliche Rahmenbedingungen braucht. In einem hochsensiblen Bereich wie der Gesundheitswirtschaft müssen jedoch auch Themen wie Datenschutz, ethische Bedenken und regulatorische Einschränkungen diskutiert werden.

Wir fordern,

- die **Telematikinfrastruktur** auszubauen und eine **weite Datenvernetzung** zu gewährleisten, um die Versorgungssicherheit und Effektivität der Gesundheitsversorgung sicherzustellen;
- einen **Modellcampus KI einzurichten**, mit dem Ärztinnen und Ärzte, Patientinnen und Patienten, Hochschulen, außeruniversitäre Forschungseinrichtungen und Unternehmen sowie Start-ups den interdisziplinären Austausch fördern sowie Nutzen und Chancen digitaler Anwendungen testen können;
- Förderprojekte für **personalisierte Medizin** auszubauen, um Krankheitsbilder besser zu verstehen, Patienten individueller zu therapieren und somit medizinische Behandlungen zu verbessern und sicherer sowie effektiver zu gestalten.

## e) Leitmarkt erneuerbare Energien

Bei der Energieerzeugung und -speicherung ist Deutschland noch in vielen Bereichen Technologieführer. Diese Rolle müssen wir behaupten und ausbauen. In einer energiewirtschaftlich vernetzten Welt kann Deutschland die Rolle des führenden europäischen Entwicklungs- und Produktionsstandorts für modernste Energietechnik einnehmen, die überall auf der Welt zum Einsatz kommt. Dafür brauchen wir starke Technologiepartner in aller Welt. Deshalb müssen Forschung und Entwicklung zunehmend europäisch und international gedacht werden.

Für die Reduktion der CO<sub>2</sub>-Emissionen spielt der Einsatz der „Power-to-X“-Technologien, also der Umwandlung von erneuerbarem Strom zu grünem Wasserstoff durch Elektrolyse, eine wichtige Rolle. Aufgrund der derzeit noch hohen Umwandlungsverluste im Verkehrssektor, aber auch im Wärmemarkt, bedarf es weiterer Forschungs- und Entwicklungsarbeit.

Es steht fest, dass die Energiewende nur durch Kopplung der Sektoren zu einer Erfolgsgeschichte werden kann. Fest steht auch, dass viele der technologischen Entwicklungen der Zukunft heute noch nicht abzusehen sind. Wir müssen deshalb an

dem Prinzip der Technologieoffenheit festhalten und dürfen keine zukünftigen Potenziale blockieren.

Konkret fordern wir,

- die Programme zur Finanzierung von **Reallaboren**, insbesondere in den Technologien der **Sektorenkopplung**, ebenso auszubauen wie die Möglichkeit, bei solchen Projekten auch international zusammenzuarbeiten;
- ein finanziell ausreichend ausgestattetes **Förderprogramm** bei der Kreditanstalt für Wiederaufbau für den Aufbau von „**Power-to-X**“-Anlagen bereitzustellen;
- **Strom- und Gasnetze** künftig gemeinsam zu planen im Sinne eines vollständig integrierten **Hybridnetzes**;
- Eine exklusive Bereitstellung **sicherer Funkfrequenzen im 450 MHz-Bereich für die Energiewirtschaft**, um eine effiziente Netzsteuerung zu ermöglichen. Die dadurch mögliche Kontrolle und Steuerung von Energieflüssen ist Voraussetzung für die Sektorenkopplung;
- für den Begriff der „**Energiespeicher**“ eine zukunftsichere rechtliche Definition zu erarbeiten und die **Doppelbelastung** von Speichern bei den Letztverbrauchsabgaben **abzuschaffen**;
- die Transformation von Strom in **grünen Wasserstoff** technologisch weiterzuentwickeln und in den Prozess der Energiewende zu integrieren.

#### f) **Luftfahrt, Raumfahrt und Schiffbau**

Die deutsche Raumfahrt ist eine Schlüsselbranche, die die Hochtechnologien des modernen Industrie- und Informationszeitalters miteinander verbindet. Dazu zählen Elektronik, Robotik, Künstliche Intelligenz, Mess-, Steuer-, Werkstoff- und Regeltechnik. Gleiches gilt für den Schiffbaustandort Deutschland. Somit haben diese Industrien für den Wirtschaftsstandort Deutschland eine hohe strategische Bedeutung. Es werden grundlegende Infrastrukturen und Innovationen bereitgestellt, die eine Wertschöpfung in anderen Wirtschaftsbereichen erst möglich machen.

Wir fordern,

- die Haushaltsmittel für das **Nationale Raumfahrtprogramm** und die Programmzeichnung bei der ESA entsprechend der steigenden Bedeutung zu erhöhen;
- bei institutionellen Missionen auf europäische Systeme zu setzen;
- dass die Bundesregierung kurzfristig den Beschlüssen des Deutschen Bundestages nachkommt und den **Schiffbau als Schlüsseltechnologie** einstuft;
- die **maritime Wirtschaft** als Schlüsselbranche in der Nationalen Industriestrategie 2030 des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie zu erklären.